

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## BRD: Verschärfung der Abfallgesetze

Bonn (AP) Der Bundestag hat am Mittwoch in Bonn mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP die Abfallgesetze drastisch verschärft. In einer in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Neufassung des Abfallbeseitigungsgesetzes wird der Verwertung von Abfällen Vorrang vor der Beseitigung eingeräumt. Ausserdem wurde die Bundesregierung zu steuernden Eingriffen ermächtigt, wenn freiwillige Absprachen mit der Wirtschaft über die Eindämmung umweltschädlicher Entwicklungen bei Produkten und Verpackungen innerhalb bestimmte Fristen nicht zum Ziel führten.

Möglich sind danach unter anderem die getrennte Erfassung schadstoffhaltiger Abfälle und Rücknahmepflichten für Hersteller. Durch eine in Aussicht gestellte Pfandregelung für Getränkeverpackungen wird die Stützung des Mehrwegflaschen-Systems angestrebt, dessen Marktanteil gegenüber Einweg-Getränkedosen und -kartons in den letzten Jahren ständig abgenommen hat. Verschärft werden auch die Bestimmungen zur Beseitigung von Altöl.

## Gute und stabile Wirtschaftslage in unserem Land

Das Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte eine Konjunkturumfrage für das 1. Quartal 1986

Die Wirtschaftslage in unserem Land wird, wie aus dem neuesten Konjunkturbericht des Volkswirtschaftsamtes hervorgeht, als gut und stabil bezeichnet. Die Erhebungen werden quartalsmässig seit 1983 durchgeführt und widerspiegeln die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation aus der Sicht der Unternehmensleitungen. Die Aussichten für das 2. Quartal werden von den befragten Unternehmen der Industrie und des produzierenden Gewerbes ebenfalls durchwegs als positiv beurteilt.

Die Befragung richtete sich an insgesamt 88 Firmen, in denen rund 7500 Personen beschäftigt sind. Die Rücklaufquote ist, bezogen auf die Beschäftigtenzahl, mit 88 Prozent recht gut.

In der Mehrzahl der eingegangenen Antworten (gewichtet nach Beschäftigtenzahl) wird die allgemeine Lage am Stichtag 1. April 1986 sowohl rückblickend als auch vorausschauend positiv beurteilt. Mit Ausnahme von einem Betrieb mit verschwindend kleinem Anteil am Total der Beschäftigten wird das 1. Quartal 1986 von keinem Unternehmen, das laufende 2. Quartal nur gerade von Be-

trieben mit 1 Prozent der Beschäftigten als «schlecht» beurteilt. Der errechnete Mittelwert von 126 (von 150 möglichen) Punkten für den Rückblick auf das 1. Quartal 1986 und von 127 Punkten für die Erwartungen für das 2. Quartal 1986 führen die gute und stabile Wirtschaftslage vor Augen, obschon für die Berichtsperiode nicht mehr ganz so hohe Werte erreicht werden wie in den vorangehenden Quartalen. Die leichte Korrektur des Wachstumsgrades nach unten gegenüber der Vorperiode wird von den erfassten Wirtschaftssubjekten insgesamt jedoch nicht als Knick des Entwicklungstrends eingeschätzt, sondern lediglich als Änderung transitorischer Art, was sich in der positiveren Erwartungshaltung manifestiert.

**Auftragseingänge und Umsätze steigend**  
Nach ziemlich stabiler Entwicklung auf

relativ hohem Niveau erfahren die Auftragseingänge und Umsätze erneut steigende Einstufungen. Dieser Aufwärtstrend wird auch für das kommende Quartal erwartet, verstärkt vor allem für die Umsätze, welche von 66 Prozent der Befragten als «steigend» angenommen werden.

Die Anlagenauslastung ist insgesamt leicht steigend und die Erwartungen sind als hoffnungsvoll zu bezeichnen.

Die Preise, und zwar sowohl auf der Einkaufs- wie der Verkaufsseite, steigen wiederum an. Dieser Teuerungstrend wird abgeschwächt für das kommende Quartal erwartet. Die Preissteigerungen auf der Kostenseite können jedoch fast durchwegs überwälzt werden.

Die Ertragsentwicklung im 1. Quartal wird von den Befragten zumeist als

(Fortsetzung auf Seite 2)

## 304 Staatsangestellte

Bei der Landesverwaltung arbeiteten Ende 1985 insgesamt 304 Personen als Vollzeitangestellte und 26 Personen als Teilzeitangestellte. Innerhalb eines Jahres hat sich nach dem Rechenschaftsbericht der Regierung das Vollzeitpersonal um fünf Personen erhöht, während sich die Zahl des Teilzeitpersonals um eine Person reduzierte.

Von den 304 Vollzeit-Angestellten sind 195 Männer und 109 Frauen, beim Teilzeitpersonal dominieren die Frauen mit 25 zu 1 Mann.

Die Personalbewegung wird geprägt durch 29 Neueintritte (12 Männer und 17 Frauen) und 23 Austritte (8 Männer und 15 Frauen) innerhalb des letzten Jahres.

Zu den 304 Vollzeit- und 26 Teilzeitangestellten kommen 63 Personen als Betriebspersonal beim Bau- und Forstamt, 45 Raumpflegerinnen für die Schulen und die Landesgebäude sowie 52 Praktikanten und Aushilfspersonal.

## Vranitzky: Knappe Regierungserklärung

Sondersitzung des Parlaments – ÖVP will Neuwahlen

Wien (AP) In einer nur 34minütigen Regierungserklärung hat der neue österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky am Mittwoch in einer Sondersitzung des Nationalrates in Wien die Grundzüge der künftigen Politik umrissen. Der erst vor zwei Tagen vereidigte Kanzler für den Rest der nur noch etwa zehn Monate dauernden Legislaturperiode sprach dabei auch die «gravierenden Bedenken» der Österreicher gegen die geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage im bayerische Wackersdorf aus. Diese Bedenken werde seine Regierung «mit allem Respekt» vor der Bundesrepublik zum Ausdruck bringen. Die Volkspartei (ÖVP) forderte in der Debatte neuerlich Neuwahlen.

Der bisherige Finanzminister Vranitzky nannte die Sicherung der Arbeitsplätze als ein vorrangiges Ziel, wobei «jedoch nicht jeder Arbeitsplatz garantiert werden» könne. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei die neue Regierung zur Diskussion über neue Modelle der Arbeitszeitverteilung bereit. Wirtschaftlich sei ein «in Realismus gekleideter Optimismus» angebracht. Ausserdem kündigte er eine Reform des Steuersystems an. In der Energiepolitik will Vranitzky inländische Energiereserven mit Vorrang nutzen, wobei jedoch Rücksicht auf Natur und Umwelt genommen werden solle. In der Aussenpolitik solle es Kontinuität

geben, wobei optimale Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft angestrebt würden.



In einer Sondersitzung des Nationalrates in Wien hat der neue österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky gestern in knappen Worten die Grundzüge der künftigen Politik vorgestellt.

Unser Land steht nicht isoliert in der europäischen Staatenwelt. Die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn Schweiz und Österreich sowie im Rahmen des Europarates sind, wie aus dem Rechenschaftsbericht 1985 der Regierung hervorgeht, im letzten Jahr weiter gepflegt und teilweise sogar ausgebaut worden. Ein aussenpolitischer Schritt, der grosse Beachtung gefunden hat, ist zweifellos mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl gemacht worden.

Die verstärkten Bemühungen um die Pflege der bilateralen und multilateralen Beziehungen haben, so schreibt die Regierung in ihrem Bericht über die Regierungstätigkeit an den Landtag, auch im letzten Jahr «innerhalb der gegebenen Möglichkeiten ihren Niederschlag» gefunden. Werden die verschiedenen Kontakte zwischen unserem Land und den Nachbarstaaten, die Beschickung der verschiedenen Konferenzen im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und des Europarates sowie die hohe Zahl von internationalen Vereinbarungen und Abkommen addiert, so ergibt sich eine hübsche Summe aussenpolitischer Präsenz.

**Papstbesuch und diplomatische Beziehungen**

Grossen Stellenwert rechnet die Regierung dem Besuch des Heiligen Vaters zu, der eigentlich als Pastoralbesuch geplant war, aber schliesslich doch auch zu einem aussenpolitischen Ereignis wurde. Im Anschluss an den Papstbesuch vereinbarten der Heilige Stuhl und das Fürstentum

Liechtenstein die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und die Errichtung einer eigenen diplomatischen Vertretung im Vatikan. Als nichtresidierender Botschafter wurde Prinz Nikolaus, der als Ständiger Vertreter unseres Landes beim Europarat in Strassburg tätig ist, mit der Erfüllung der diplomatischen Aufgaben betraut.

**Beziehungen zur Schweiz**

Die Beziehungen zur Schweiz wurden durch den vom Militär entfachten Waldbrand in Balzers kurzfristig intensiviert. Bundesrat Jean-Pierre Delamuraz besuchte die Brandstelle auf St. Luziensteig und nahm mit der liechtensteinischen Regierung unmittelbar nach dem Brand erste Gespräche zur Verhinderung weiterer solcher Ereignisse auf. Bereits vor Delamuraz hielten sich Bundesrat Leon Schlumpf und Bundespräsident Kurt Furgler zu Gesprächen in Vaduz auf. Die guten Beziehungen mit dem Nachbarn Schweiz, die auch durch den Waldbrand nicht getrübt wurden, fanden auch Ausdruck durch den Besuch der liechtensteinischen Regierung bei der Regierung des Kantons Graubünden. Ebenso stattete unsere Regierung der Vorarlberger Landesregierung einen Besuch ab, um die guten Beziehungen auf regionaler Ebene zu dokumentieren.

**Beziehungen zu Österreich**

Mit Österreich fanden die Kontakte ebenfalls vorwiegend auf persönlicher Ebene statt. Der inzwischen zurückgetretene Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz war Anfang Juli zu einem offiziellen Besuch angereist, ihm folgten Justizminister Dr. Harald Ofner und Innenminister Dr. Karl Blecha. Daneben fand sich eine schweizerisch-liechtensteinische Exper-

tenkommission in Vaduz zu Verhandlungen über ein Zusatzabkommen im Bereich der Sozialen Sicherheit zusammen. Zu den Gratulanten bei der Feier aus Anlass des 30. Jahrestages der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages in Wien gehörte auch eine liechtensteinische Delegation.

**Europarat, UNO und KSZE**

Neben den Beziehungen zu den Nachbarstaaten gab es im letzten Jahr mannigfache Gelegenheiten zur Dokumentation der aussenpolitischen Präsenz. So traf Regierungschef Brunhart mit dem deutschen Bundeskanzler Kohl und der britischen Regierungschefin Thatcher zusammen, hielt sich zu einem Besuch in Costa Rica auf und wurde im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung der Fürstlichen Sammlungen in New York von US-Präsident Ronald Reagan eingeladen.

Die Mitgliedschaft beim Europarat bot die Gelegenheit zur Teilnahme an einer Reihe von Ministerkonferenzen und zur Unterzeichnung von verschiedenen Vereinbarungen und Abkommen. In Strassburg erfolgte im letzten Jahr auch der Kauf einer Residenz für den Ständigen Vertreter unseres Landes.

Die Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) schliesslich ermöglichte das Auftreten bei der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung (KVAE) in Stockholm, am KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa und am KSZE-Kulturforum in Budapest. Auch beim Treffen der Aussenminister zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki war unser Land durch Regierungschef Hans Brunhart vertreten.

## Invalidenversicherung: Fast 10 Millionen Ausgaben

Aus dem Jahresbericht der Invalidenversicherung (IV) – Defizitdeckung des Staates

Die Liechtensteinische Invalidenversicherung hat im letzten Jahr, wie aus dem sechsten veröffentlichten Jahresbericht hervorgeht, Leistungen in Höhe von fast 10 Millionen Franken erbracht. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um rund eine Viertelmillion. Der Staat leistete einen Defizitbeitrag in Höhe von 3,8 Millionen Franken.

In genauen Zahlen beliefen sich die Leistungen der Invalidenversicherung (IV) auf 9,528 Millionen Franken (9,270 Millionen Franken). Im Vergleich zum Vorjahr betrug die Ausgabensteigerung 0,258 Millionen Franken. Die Leistungen setzen sich aus Renten (6,3 Millionen Franken), Taggeldern (150 000 Franken), Hilflosenentschädigungen (130 000 Franken), Pflegebeiträgen (23 000 Franken), medizinischen Massnahmen (800 000 Franken), erstmaligen beruflichen Ausbildungen (204 000 Franken), Beiträgen an die Sonderschulung (614 000 Franken), Reisespesen an Invalide (175 000

Franken), Betriebsbeiträgen (986 000 Franken) und Baubeiträgen zusammen.

Die Betriebsrechnung schliesst bei Leistungen in Höhe von 9,528 Millionen Franken und Einnahmen aus IV-Beiträgen von 5,733 Millionen Franken infolge der Defizitdeckung durch den Staat ausgeglichen ab. Die staatlichen Defizitleistungen belaufen sich auf 3,761 Millionen Franken (3,858 Millionen Franken).

Die Jahresrechnung der Invalidenversicherung weist insgesamt 879 (843) Rentenbezüger aus. Der überwiegende Teil davon, nämlich 317 Personen, beziehen eine einfache Invalidenrente. Dazu gibt es Ehepaar-Invalidenrente (30), halbe Ehepaar-Invalidenrente (10), Zusatzrenten für Ehefrauen (47), Kinderrente zur Invalidenrente des Mannes (103) und der Frau (29) sowie Doppelkinderrenten (8). Hinzu kommen halbe Invalidenrenten (110), halbe Zusatzrenten für Ehefrauen (55), halbe Kinderrenten zu anderen halben Renten (70).

Ausserordentliche Rentenbezüger werden 67 (72) ausgewiesen, wobei 60 eine einfache Invalidenrente, drei Personen eine Kinderrente zur Invalidenrente der Frau und vier Personen eine halbe Invalidenrente bezogen.

Für 22 Personen mussten Hilflosenentschädigungen im Ausmass von 131 388 Franken (114 564 Franken) bereitgestellt werden. Für hilflose Minderjährige wurden für 1631 Tage Pflegebeiträge von 23 351 Franken (8856 Franken) ausbezahlt.

Zudem wurden 319 (403) Eingliederungsmassnahmen verfügt, wobei medizinische Massnahmen (159 Minderjährige und 17 Erwachsene) im Vordergrund standen. Zu den Eingliederungsmassnahmen zählen ferner Hilfsmittel (14 Minderjährige und 54 Erwachsene), Beiträge an Sonderschulungen (61 Minderjährige) sowie berufliche Ausbildung und Umschulung (8 Minderjährige und 6 Erwachsene).



S. D. Prinz Nikolaus (rechts) wurde zum nichtresidierenden Botschafter unseres Landes beim Heiligen Stuhl ernannt. Unser Archivbild zeigt ihn zusammen mit Papst Johannes Paul II. nach der Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens im Vatikan.